

**Interview der SoVD-Zeitung 8/ 2010**  
**mit Gernot Kiefer, Vorstand des GKV-Spitzenverbandes**

Frage: Pflegenoten stellen einen wichtigen Schritt hin zu mehr Transparenz dar und werden auch in der Bevölkerung grundsätzlich anerkannt. Viele Menschen sind jedoch verunsichert, da auch solche Heime eine gute Gesamtnote erhalten, die in einzelnen Bereichen mangelhafte Pflege anbieten. Wie lässt sich dieser Widerspruch im Bewertungssystem beseitigen?

Nach den Erfahrungen der Prüfungen nach dem neuen Schema in über 5.500 stationären und ambulanten Pflegeeinrichtungen kann man sagen: Die Pflegenoten haben sich grundsätzlich bewährt. Auch der aktuell veröffentlichte wissenschaftliche Evaluationsbericht zu den Pflege-Transparenzvereinbarungen, den die Vertragspartner in Auftrag gegeben hatten, bestätigt dies. Derzeit liegen weder auf nationaler noch internationaler Ebene wissenschaftliche Erkenntnisse zu Transparenzsystemen vor, die eine echte Alternative zu den Pflege-Transparenzvereinbarungen sind.

Der eingeschlagene Weg ist also der richtige - dennoch gibt es natürlich Überarbeitungsbedarf. Den wichtigsten sehen wir darin, dass die Bewertungssystematik es bisher in Einzelfällen möglich macht, eine schlechte Bewertung einzelner besonders pflegerelevanter Bereiche wie Flüssigkeitsversorgung, Ernährungszustand, Dekubitus-Prophylaxe durch eine gute Bewertung anderer Bereiche zu relativieren. Wir wollen deshalb, dass solche Risikokriterien durch eine stärkere Gewichtung einen größeren Einfluss auf die Bereichs- und Gesamtnote haben. Konkret: Eine sehr gute oder gute Gesamtnote darf nur dann vergeben werden, wenn es in den pflegerischen Kernbereichen keine Mängel gibt. Auch die Wissenschaftlerinnen des Evaluationsberichtes schlagen vor, Risikokriterien in die Berechnungssystematik einzubeziehen. Der wissenschaftliche Beirat zur Evaluation empfiehlt, diesen Hinweis kurzfristig zu berücksichtigen.

Frage: Um Änderungen an den Pflegenoten zu bewirken, muss sich der GKV-Spitzenverband mit den Trägern von Pflegeeinrichtungen verständigen. Diese, so Ihre Kritik, würden sich notwendigen Schritten jedoch verweigern. Droht jetzt ein längerer Stillstand?

Ich hoffe nicht. Verbesserungen müssen im Interesse der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen schnell greifen. Und klar ist auch: Mit dem wissenschaftlichen Gutachten haben beide Seiten jetzt klare Hinweise, an welchen Punkten anzupacken ist. Dies wird die Arbeit versachlichen. Dennoch ist der Zeitdruck hoch, denn zum Jahresende sollte die überarbeitete Pflege-Transparenzvereinbarung vorliegen.

Frage: Sie haben darauf hingewiesen, dass die Pflegekassen im Jahr 2012 mit einem Defizit von 300 Millionen Euro rechnen müssen. Innerhalb der Regierungskoalition wird daher bereits über die Bildung von Kapital durch Zusatzbeiträge der Versicherten nachgedacht – aus Ihrer Sicht ein gangbarer Weg?

Grundsätzlich kann man sich gerade angesichts der Finanzkrise fragen, wie sicher und erfolversprechend kapitalgedeckte Systeme tatsächlich sind. Nimmt man allerdings die Festlegung aus dem Koalitionsvertrag, dass ein ergänzender Kapitalstock aufgebaut werden soll, als Grundlage hin, bleibt in jedem Fall festzustellen: Ein ergänzender Kapitalstock kann

auch in der sozialen Pflegeversicherung aufgebaut und gemanagt werden. Es gibt keinen Automatismus, diese Aufgabe der privaten Versicherungswirtschaft zu übertragen. Im Übrigen ist unstrittig, dass es zu Lasten der sozialen Pflegeversicherung eine massive Risikoselektion durch die private Pflegeversicherung gibt - auch hier gibt es dringenden Handlungsbedarf.

Frage: Schon jetzt gibt es eine Gerechtigkeitslücke innerhalb der Pflegeversicherung, die vor allem dadurch entsteht, dass Besserverdienende nicht konsequent an einem solidarischen Ausgleich beteiligt werden. Wie lange kann die gesetzliche neben einer privaten Pflegeversicherung unter den momentanen Bedingungen bestehen?

Die soziale Pflegeversicherung ist ein erfolgreiches Modell. Und das wird sie auch in Zukunft bleiben, wenn sie sich durch Leistung, Transparenz und stetige Weiterentwicklung auszeichnet. Die Voraussetzungen sind gut: Mit dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff hat die Politik das Instrument in der Hand, mit dem das Leistungsspektrum sinnvoll ergänzt werden kann, und mit den Pflegenoten wird die notwendige Transparenz zunehmend besser hergestellt. Jetzt kommt es darauf an, dass die weiteren notwendigen Reformschritte etwa auch hinsichtlich der Finanzierung tatsächlich gegangen werden.